

Podiumsdiskussion über belgischen EU-Vorsitz lockte rund 65 Interessierte ins BRF-Funkhaus

Einig, dass man sich einig ist

Von Mario Vondegracht

Vor rund 65 Zuschauern diskutierten ostbelgische Politiker am vergangenen Dienstagabend im BRF-Funkhaus in Eupen über das Thema »Der belgische EU-Vorsitz - welche Rolle für die DG?«.

Teilnehmer an der Gesprächsrunde, die vom BRF-Journalisten Alexander Homann geleitet wurde, waren Karl-Heinz Lambertz (SP, Ministerpräsident), Isabelle Weykmans (PFF, Ministerin für Kultur und Tourismus), Kattrin Jadin (PFF, Kammerabgeordnete), Claudia Niessen (Ecolo, Senatorin) und Mathieu Grosch (CSP, Mitglied des EU-Parlaments).



Mathieu Grosch (neben Kattrin Jadin) verteidigte das Prinzip der rotierenden EU-Ratspräsidentschaft.

 [Größeres Bild](#)

Bereits zum zwölften Mal hat Belgien den EU-Vorsitz inne, und zum zweiten Mal sind die Teilstaaten sehr aktiv in der Vorbereitung und Ausübung des Vorsitzes involviert. Doch viele Meinungsverschiedenheiten gab es zwischen den einzelnen politischen Ebenen am Dienstagabend nicht. Man war sich einig, dass man sich einig ist. Das will heißen, dass es in allen Teilstaaten wie auch auf föderaler Ebene einen europapolitischen Konsens gibt. Das mache es leicht, eine Ratspräsidentschaft, die seit dem Lissabon-Vertrag als Trio (diesmal Spanien, Belgien, Ungarn) ausgeübt wird, vorzubereiten und einen 200 Punkte starken Forderungskatalog aufzustellen, so der Tenor.

Auf die Frage Homanns wie die Zusammenarbeit innerhalb Belgiens denn funktioniere, bezeichnete Ministerpräsident Lambertz die Situation als Paradoxon. Trotz aller innenpolitischen Streitereien werde untereinander in Sachen Europapolitik »eng und erfolgreich zusammengearbeitet«. Und das ist auch der Grund, warum man der belgischen Ratspräsidentschaft nachsagt, dass sie stets sehr erfolgreich sei und hervorragend funktioniere – kein Wunder also bei der Konsensdemokratie namens Europäische Union. Lambertz wagte sogar die Prognose, dass die Ratspräsidentschaft weiterhin so stabil sein und die Übergabe an Ungarn ebenfalls funktionieren werde.

Isabelle Weykmans bekräftigte, dass ihre momentane Präferenz klar dem EU-Vorsitz gelte, da hier ein Erfolg bestätige, dass die DG dazu »kapabel« sei. »Die Vorbereitungen und vor allem die komplizierte Konsensfindung auf mehreren Ebenen waren sehr interessant«, so die DG-Ministerin, die dem formellen Tourismus-Ministerrat am 12. Oktober vorsitzen wird.

Mathieu Grosch ging auf eine Frage aus dem Publikum nach dem Sinn der rotierenden EU-Ratspräsidentschaft ein und befürwortete die selbige, auch aus Gründen der Stabilität. Die EU-Ratspräsidentschaften könnten wichtige Dossiers voranbringen, die sonst auf der Strecke blieben, befand auch später Kattrin Jadin. Aber natürlich sei der Lissabon-Vertrag und dessen Anwendung ein progressiver Prozess (z.B. In Hinblick auf den Ausbau eines EU-Außendienstes), so Grosch. Claudia Niessen war unterdessen optimistisch, dass - trotz der großen Ambitionen der belgischen Ratspräsidentschaft - viel erreicht werde. Sie äußerte gar (wie später auch in anderer Weise der DG-Ministerpräsident) die Ansicht, dass eine geschäftsführende Regierung, wie wir sie

zurzeit haben, gut für den EU-Vorsitz sei, da man in Ruhe arbeiten könne und sich die entsprechenden Fachminister auf dieses Thema konzentrieren könnten. Niessen wagte jedoch zu bezweifeln, dass die Leute auf den Wochenmärkten die EU-Ratspräsidentschaft direkt interessiert. Die Tatsache, dass zeitweise drei belgische Minister bei einem europäischen Ministerrat vorstellig werden, erklärte Weykmans mit den Zuständigkeiten im belgischen Staatsgefüge, in welchem teilweise die Gliedstaaten, teilweise die Föderalregierung und manchmal auch beide (z.B. Landwirtschaft) Befugnisse innehaben.

Ein wichtiges Thema am Dienstagabend war darüber hinaus das von Mathieu Grosch angesprochene Problem der verspäteten öffentlichen Debatten in den einzelnen Länder. Da die Umsetzung der Richtlinien so lange dauere, seien die nationalen Öffentlichkeiten erst kurz vor Inkrafttreten der Direktiven für das Thema sensibel. Dies müsse zeitgleich geschehen, u.a. auch um direkten Einfluss auf die europäische Gesetzgebung auszuüben, was laut Jadin nicht utopisch, aber schwierig sei.

Konsens herrschte am Dienstagabend unter den Teilnehmern der Diskussion ebenfalls bei der abschließenden Frage von Moderator Homann, was denn am Ende für die jeweiligen Politiker als Erfolg gelte. Alle waren sich einig, dass so viel wie nur möglich vom selbst gesteckten belgischen Programm erreicht werden sollte, wobei Grosch so weit ging, die Schulnote 180/200 zu nennen.

Norbert Blüm soll einmal gesagt haben, dass man Konsens nicht mit dem Vorschlaghammer erlangt - und in der Tat, im BRF-Funkhaus ging es am Dienstagabend in Sachen Debatten recht gemütlich zu. Obschon, eine kleine Auseinandersetzung gab es dann doch: Als die Möglichkeit der nationalen Parlamente angesprochen wurde, den EU-Gesetzgebungsprozess nachzubessern bzw. die »europäische Alarmglocke« zu ziehen, verteidigte Katrin Jadin diese Maßnahme mit dem Hinweis, das »Beste für den Bürger« zu wollen, während Claudia Niessen sich wünschte, dass sich diese Methode aus Angst vor Blockaden nicht durchsetzt.